Der „Briesetal-Bote" erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 40 Mark, monatlich 0 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 0 Pfennig. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhofs-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 0 Pfennig, die Reklamezeile 50 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

für ehem. Hofjagdrevier. Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 13. | Postscheck-Konto: Berlin 62448 | Donnerstag, den 1. Februar 1923 | Postscheck-Konto Berlin 62448. | 22. Jahrg.

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Eine Katze entlaufen; 1 led. Kinderhandschuh, 1 Haarpfeil Astrachanstola als gefunden, 1 brauner Gürtel als verloren gemeldet.

Birkenwerder, den 31. Januar 1923.

Der Amtsvorsteher. Jung.

Gemeinsame Bekanntmachung der Amtsvorsteher Birkenwerder und Schönfließ.

Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutz gegen die Tollwut wird auf Grund der §§ 18 ff des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 mit Ermächtigung des Herrn Regierungspräsidenten in Potsdam folgendes bestimmt:

§ 1. In den Ortschaften der Amtsbezirke Wandlitz, Schönwalde, Malchow, Zepernick, Bernau, Schönow Schildow, Glienicke, Schönfließ, Schönerlinde, Birkenwerder, Mehlendorf, Liebenwalde-Forst, Lanke, sind sämtliche Hunde, auch wenn sie erst nach Anordnung der Sperre in diese Bezirke geführt werden, für eine Zeit von 3 Monaten einschließlich zu leinen (anzuketten oder einzusperren).

Der Festlegung gleich zu achten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

§ 2. Die Ausfuhr von Hunden aus dem Sperrbezirk ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung gestattet. Während der Ueberführung und am Bestimmungsorte sind Hunde den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für sie zur Zeit der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirks mit einem sicheren Maulkorbe versehen und an der Leine geführt werden müssen.

§ 3. Die Benutzung von Hunden zum Ziehen wird unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeschirrt und mit einem sicheren Maulkorbe versehen sind.

Die Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden und von Jagdhunden bei der Jagd sowie von Polizeihunden ohne Maulkorb und Leine wird unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauches festgelegt oder mit einem sicheren Maulkorbe versehen an der Leine geführt werden.

§ 4. Es kann angeordnet werden, daß Hunde, die diesen Vorschriften zuwider frei umherlaufen, sofort zu töten sind.

§ 5. An den Ausgängen der in den vorgenannten Sperrbezirken vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und dauerhaften Aufschrift „Hundesperre" leicht sichtbar anzubringen.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74 bis 77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909.

§ 7. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Berlin, den 20. Januar 1923.

Der Landrat des Kreises Niederbarnim.
J. A.: Voigt, Regierungsassessor.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Der Dreher Alfred Achilles ist als Schöffe der Gemeinde Birkenwerder von der Aufsichtsbehörde bestätigt worden. Nach erfolgter Vereidigung ist er am 29. d. Mts. in sein Amt eingeführt worden.

Das Schulgeld für die Mittelschule

beträgt gemäß Beschlusses der Gemeindevertretung vom 29. d. Mts. vorbehaltlich der Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ab Februar 500 Mk. monatlich für sämtliche Klassen.

Birkenwerder, den 31. Januar 1923.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Hohen Neuendorf.

Der Amtsvorsteher macht bekannt:

Gebühr für Fleischbeschau.

Der Herr Regierungs-Präsident in Potsdam hat die Gebühren für Fleisch- und Trichinenbeschau vom 17. d. Mts. von 50 auf 100 erhöht. Für Untersuchung eines Schweines durch Fleisch- und Trichinenschau wird eine Gebühr von 775 Mark, für Untersuchung eines Schweines nur auf Trichinen eine Gebühr von 385 Mk. erhoben.

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Lehrstellenvermittlung.

Beim Kreisarbeitsnachweis Niederbarnim besteht eine Lehrstellenvermittlung. Die Arbeitgeber, die für Ostern Lehrlinge suchen, werden gebeten, die Vermittlung in Anspruch zu nehmen und ihre Anträge im Gemeindebüro, Zimmer 8, zu stellen.

Kurze Nachrichten.

- Nach einer Meldung aus Essen weigert sich die deutsche Eisenbahnbehörde, künftig noch besondere Abteile für französisches Personal freizuhalten.
- Auf Grund des preußischen Altersgrenzengesetzes sind nach dem Stande vom 1. April 1921, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes, insgesamt 2631 Beamte verabschiedet worden.
- Nach sechsstündigen zum Teil sehr erregten Verhandlungen hat das Reichswirtschaftsministerium gestern den Februarpreis für Zeitungsdruckpapier auf 1170 Mark je Kilo festgesetzt.

Für das deutsche Ruhrgebiet.

Schmählicher Bruch von Recht und Vertrag, brutale Waffengewalt hat kerndeutsches Land, das Herz unseres Wirtschaftslebens in bitterste Not gebracht. Hunderttausende deutscher Männer und Frauen und unschuldiger Kinder erleiden sie. Gegenwärtige Gefahr für Leib und Leben droht ihnen durch Haß und Willkür der bis an die Zähne bewaffneten fremden Soldateska. Niemand weiß, welche Vergewaltigungen ihnen noch bevorstehen. In dieser furchtbaren Not aber zagen und bangen sie nicht, sondern wir hören mit heißem Herzen ihr mutiges, trotziges Bekenntnis zum deutschen Vaterland. Nach langer Wirrnis erleben wir es durch sie, wie sich über Rang und Partei hinweg endlich wieder der Deutsche zum Deutschen findet zu gemeinsamer Abwehr des Feindes.

Wollen wir hinter solcher Hochherzigkeit, hinter solchem Mut zurückstehen? Nimmermehr! Wir wollen und müssen ihnen beistehen und helfen, doch nicht mit Worten, sondern mit der Tat! Wir wollen hingeben nach unsern Kräften, damit den Frauen und Kindern dort Hunger und Not fernbleibe und die Männer nicht zermürben im Widerstand. Sie sollen fühlen und erkennen, daß wir mit ganzem Herzen bei ihnen sind. Denn sie leiden ja mit für uns.

Drum, Mitbürger in Borgsdorf und Birkenwerder, opfert und helft!

Der Vaterländische Frauenverein vom Roten Kreuz ruft Euch dazu auf. Viele unserer Mitglieder haben sich bereit erklärt, in beiden Orten von Haus zu Haus zu gehen und Eure Gaben einzusammeln. Sie werden kommen. Laßt sie dann nicht vergeblich anklopfen. Gebt reichlich! Denn Ihr wißt was heute das Geringste kostet. Und bedenkt vor allem, daß, wenn der Feindeswille im Ruhrgebiet siegt, unser Vaterland und wir alle verloren sind.

Der Vorstand des Vaterländischen Frauenvereins.

— Im Museum für Völkerkunde in Hamburg sind mehrere feine Silberbarren mit kamesischen, japanischen, altportugiesischen und mozambiquischen Stempeln aus den Jahren 1828 bis 1888 gestohlen worden.

— Der Berliner Hotel- und Pensionsdieb Kurt Lenzer ist mit vier Helfern in Hamburg verhaftet worden. Die Bande hatte Wertsachen im Gesamtwert von 300 Millionen ergaunert. Sie wird nach Berlin transportiert werden.

— Die Wiener „Neue Freie Presse" schätzt die Zahl der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter in Deutschösterreich auf mindestens 300 000.

— Die französische Regierung hat 400 000 Franks für die Kosten der Lausanner Konferenz beantragt.

— Nach den letzten in Rom aus Athen eingetroffenen Meldungen ist die Lage des Königs Georg weiter die eines Gefangenen seiner Regierung. Die Regierung unterrichtet ihn nur der Form halber von gewissen Maßnahmen. Ueber die Vorgänge im Lande erfährt er nichts.

— Eine bei der Deutschen Zeitung in Sao Paulo für die Ruhrgebietshilfe vorgenommene Sammlung hat 55 000 Milreis gleich ca. 160 Millionen Mark ergeben.

— Nach Prager Blättermeldungen besteht die Absicht, die Armeen der Tschechoslowakei, Jugoslawiens und Rumäniens einheitlich auszurüsten. Das Ausrüstungsmaterial soll in der Tschechoslowakei hergestellt werden.

— Der schweizerische Bundesrat hat einer ganzen Reihe von Unternehmungen, vor allem der Textilindustrie, die Bewilligung für das ganze Jahr 1923 erteilt, zur 52-Stunden-Arbeit überzugehen.

— Im Weißen Hause in Washington wird offiziös erklärt, daß gegenwärtig kein Plan vorbereitet würde, Europa irgendeine finanzielle Hilfe zu gewähren.

— Der englische Arbeiterführer Thomas hat in einer Rede erklärt, daß die augenblickliche Lage in Europa ebenso nahe der Gefahr für einen Krieg sei, wie im Jahre 1914, und er verlangte, daß alle Anstrengungen gemacht werden, um den Ausbruch einer zweiten Katastrophe zu verhindern.

Kein Gruß den französischen Fahnen!

Der preußische Minister des Innern hat an den Regierungspräsidenten in Münster folgenden Erlaß gerichtet:

In Anbetracht des völkerrechtswidrigen Vorgehens der Franzosen und Belgier gegen Bevölkerung und Beamte des neubesetzten rheinisch-westfälischen Industriegebietes wird sämtlichen Beamten der Polizei mit Einschluß der Landjägerei verboten, die Offiziere und Fahnen fremder Heere zu grüßen.

Belagerungszustand in Mainz.

Durch Plakatanschlag macht der französische Befehlshaber bekannt, daß bis auf weiteres keine Versammlungen, Zusammenrottungen oder Ansammlungen geduldet würden. Nötigenfalls werde der Nachtverkehr gänzlich verboten werden. Mehr als fünf Personen dürfen nicht auf einer Stelle zusammenstehen.

Die gesamte Rheinschleppschiffahrt stillgelegt.

Die Montag nachmittag in Köln abgehaltene Sitzung sämtlicher deutscher Rheinschiffahrtsverbände hat sich erneut mit der durch die französischen Gewaltmaßnahmen (Beschlagnahme von Rheinschiffen) in der Rheinschiffahrt geschaffenen Lage befaßt. Die Versammlung vertrat einmütig den Standpunkt, in Streikgefahren und auf den Schiffen, die unter französischer Flagge fahren, keinen Dienst zu tun. Um zu verhüten, daß deutsche Schleppboote mit Gewalt gezwungen werden, für Frankreich zu fahren, wurde beschlossen, die gesamte Rheinschleppschiffahrt stillzulegen. Dagegen wurde die Fahrt der deutschen Güterboote freigegeben, so daß jetzt auf dem Rhein nurmehr Güterdampfer und keine Schleppdampfer mehr verkehren.

Arbeitseinstellung der Eisenbahner im Bezirk Mainz.

Sämtliche Bezirksleitungen der Organisationen der Beamten und Arbeiter im Eisenbahndirektionsbezirk Mainz haben die sofortige Niederlegung des gesamten Eisenbahndienstes im besetzten Gebiet der Eisenbahndirektion Mainz angeordnet. Sicherem Vernehmen nach wird die gleiche Anordnung für den Bezirk Ludwigshafen getroffen werden.

Der Beschluß der Revierkonferenz.

Der Bergarbeiterverband hielt in Bochum eine Revierkonferenz für das Ruhrgebiet ab, auf der über 200 Generaldelegierte und Verbandsfunktionäre anwesend waren, außerdem waren der Afa-Bund, der Metallarbeiterverband und der Verband der Heizer und Maschinisten vertreten. Nach einem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Referat des Verbandsvorsitzenden Husemann über die gegenwärtige Lage ergab die Debatte, in der alle Bezirke des Ruhrgebietes zu Worte kamen, vollständige Einmütigkeit über die Abwehr der französischen Gewaltpolitik, wie sie von den Hand- und Kopfarbeitern gemeinsam zu führen ist. Von den Unternehmern verlangt die Konferenz Entgegenkommen in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses. Entsprechende Aufträge wurden dem Verbandsvorstand erteilt. Von der Regierung verlangt die Konferenz eine Politik der ständigen Abwehr und Bereitschaft zu friedlicher Verständigung, sobald solche möglich ist. Ohne Verzicht auf seine grundsätzliche Stellung zum sozialen Kampf wird der Bergarbeiterverband den Abwehrkampf gegen die französische Gewaltpolitik entschlossen führen helfen. Er vertraut darauf, daß die Bergarbeiter sowohl den Lockungen wie den Drohungen der Franzosen einmütig widerstehen werden. Entschiedensten Widerstand werden die Bergarbeiter leisten bei irgendeinem gemeinsamen Vorgehen gegen ihre Organisation oder die Arbeiterpresse. Ganz besonders lehnen sie etwaige Versuche auf die Einführung einer neuen Währung ab, da die Erfahrungen im Saargebiet gezeigt haben, daß diese Methode nach einer kurzen scheinbaren Besserung um so sicherer zur Verelendung des Ruhrgebietes und des ganzen deutschen Volkes führen muß.

Millerand — Urheber der Ruhrbesetzung.

Die leitende demokratische Wochenschrift „Le Proges Civique" versichert aufs neue, der Präsident der Republik sei die treibende Kraft bei der Ruhrbesetzung gewesen. Millerand habe einer ganzen Reihe von Besuchern erklärt, „es sei mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die Deutschen gleich nach dem Einmarsch ins Ruhrgebiet zu einer Verständigung mit Frankreich über die Reparationsfrage bereit sein würden." Der Präsident habe weiter geäußert, nach solcher Verständigung werde bald eine deutsch-französische Versöhnung „auf dem Rücken Englands" möglich sein. Das Blatt versichert, daß die Haltung Deutschlands seit der Ruhrbesetzung Millerand auf das höchste überrascht habe.

Das schlechte Gewissen.

Man nimmt in Paris an, daß bei der in nächster Woche angesetzten Sitzung des Völkerbundrates unter Umständen auch die Reparationsfrage und die Frage der Ruhrbesetzung zur Debatte stehen wird. — Der „Temps" bemerkt hierzu, daß, wenn diese Debatte vom Völkerbundsrat tatsächlich aufgenommen werden sollte, dann die Gefahr nicht von der Hand zu weisen sein würde, daß es zu einem Bruch im Völkerbunde käme.

Französische Journalistenphantasie.

„Echo de Paris" schreibt: Gott sei Dank ist die deutsche Luftschiffahrt erst seit dem letzten Mai frei und hat noch nicht Zeit genug gehabt, ihre Mittel zu entwickeln. Aber jedermann muß sich klar sein, daß die Deutschen mit zwei- bis dreitausend Apparaten unsere Aktion im Ruhrgebiet durch Gegenaktionen über Mülhausen, dem Departement Maas und Mosel, Nancy, Belfort, Bar-le-Duc, Chalons, Reims und — Paris unwirksam machen können!

Der Terror gegen die Beamten.

Die Besatzungsbehörde in Essen hat den ausländischen Journalisten mitgeteilt, die französischen Militärbehörden würden von jetzt ab alle preußischen Beamten, die den französischen Befehlen nicht Folge leisten, verhaften und ausweisen lassen.

Ein Bravourstück der Coblenzer Eisenbahner.

Auf dem Bahnhof in Coblenz sollten 13 Lokomotiven von den Franzosen weggeführt werden. Die deutschen Eisenbahner setzten jedoch die Maschinen nach dem unbesetzten Gebiet zu in Fahrt und durchfuhren den Bahnhof Diez, wo sie von den Franzosen aufgehalten werden sollten, mit D-Zugs-Geschwindigkeit. Sie konnten das unbesetzte Gebiet erreichen. Die Franzosen haben daraufhin die Eisenbahnlinie in der Gegend von Diez auf eine Strecke von 300 Meter aufgerissen, sodaß der Zugverkehr vollkommen stilliegt.

Ein „Erfolg" der Franzosen.

Wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" aus Hayingen (Lothringen) mitgeteilt wird, macht sich die Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich infolge der Ruhrbesetzung in den französisch-lothringischen Industrien schon bemerkbar. Wie aus Industriekreisen verlautet, hat die Firma de Wendel, deren Chef, einer der größten französischen Industriellen, am lautesten auf die Ruhrbesetzung drängte, infolge Mangels an Ruhrkohlen fast alle Hochöfen stillegen müssen. Aehnlich steht es in dem übrigen lothringischen Industriebezirk aus. Nach weiteren acht Tagen dürften nur noch wenige Hochöfen in Betrieb sein.

Die französischen Offiziere nehmen den Kindern die Milch weg.

Die Essener Milchversorgung, die ohnehin so unzugänglich ist, daß Kindern über zwei Jahren überhaupt keine Vollmilch verabfolgt wird, wird durch die Besetzung noch dadurch weiter beschränkt, daß die Besatzungsbehörde für die französischen Offiziere täglich 50 Blankomilchkarten verlangt. Sie hatte sogar zunächst für jeden Offizier fünf Liter Milch gefordert, und ist von dieser Forderung erst auf Vorstellungen der Stadtverwaltung auf 50 Milchkarten zurückgegangen.

Dollarstand vom Dienstag nachm.: 39750.